

05.09.2017

Antrag

der Fraktion der SPD

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Sicherung der Unterrichtsversorgung: Besoldung der Lehrkräfte muss auf den Prüfstand!

I. Ausgangslage

Mit dem 2009 in Kraft getretenen neuen Lehrerausbildungsgesetz durchlaufen nun alle Lehramtsanwärter die gleiche und gleich lange universitäre Ausbildung. Dies ist Ausgangspunkt für die berechtigte Forderung nach einer anschließend gleichen Besoldung unabhängig von der Schulform.

Die unterschiedliche Besoldung der Lehrämter hat ihren Ursprung in der bis 2009 grundständig unterschiedlichen Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für unterschiedliche Schulformen.

In einer Presseerklärung fordert nun der Verband Bildung und Erziehung (VBE): ‚Wir erwarten jetzt einen klaren Zeitplan. Es ist ein schon längst überfälliger Schritt, die ungerechte Bezahlung der Lehrkräfte zu beenden. Gerade hochqualifizierte Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen sind für den Einstieg der Kinder ins Schulsystem entscheidend. Zudem ist der Lehrermangel im Grundschulbereich verheerend und die Unterrichtsversorgung eine ständige Herausforderung. Eine gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte nach der Besoldungsstufe A13 /EG 13 wäre ein entscheidender Schritt, um den Lehrermangel langfristig entgegenzuwirken‘

Der VBE bezieht sich dabei auf eine Ankündigung von Schulministerin Yvonne Gebauer, dass sie sich für eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte einsetzen will. Gegenüber WDR 5 erklärte sie, dass der Lehrerberuf eine größere Wertschätzung verdiene und Geld auch dazu gehöre, so der VBE.

Auch die GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer forderte Schulministerin Yvonne Gebauer zum Handeln auf: „Andere Bundesländer wie zum Beispiel Berlin sind bereits initiativ geworden und haben die Besoldung der Grundschullehrkräfte angehoben.“

Datum des Originals: 05.09.2017/Ausgegeben: 05.09.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Doch die Ungerechtigkeit bei der Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer ist nur ein Teil des Problems. Ein anderes Problem ist die Unterrichtsversorgung. Das Land kann und muss die Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten der Lehrerinnen und Lehrer so ausgestalten, dass daraus ein zukunftsfähiges Konzept entsteht. Die betroffenen Themen dabei sind Unterrichtsversorgung, Ausgestaltung der Ganztagschulen, demografische Entwicklung, Sicherung kleiner Schulstandorte, um nur einige zu nennen.

Zu den guten Unterrichtsbedingungen gehört außerdem eine gute Schüler-Lehrer-Relation und eine gute Arbeitsatmosphäre. Dies muss an allen Schulen weiter verbessert werden.

II. Der Landtag stellt fest:

- Dem Lehrermangel, insbesondere an der Grundschule und der drohenden Abwanderung von Lehrkräften in andere Bundesländer, muss entgegengewirkt werden.
- Für ein zukunftsfähiges Schulsystem muss der Arbeitsplatz Schule ebenfalls zukunftsfähig sein.
- Der Einsatz von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern muss auf ein pädagogisch sinnvolles Maß beschränkt werden.
- Deshalb gilt gerade für den Arbeitsplatz Schule: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“

III. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die notwendigen Vorkehrungen für eine Anpassung der Besoldung von Lehrkräften vorzunehmen,
- dabei auch die Unterschiede zwischen verbeamteten und angestellten Lehrkräften sowie die Arbeitszeiten von Lehrerinnen und Lehrern in den Blick zu nehmen,
- dabei ein Jobticket für alle Lehrerinnen und Lehrer anzubieten,
- eine Weiterbildungsgarantie zu verwirklichen.

Norbert Römer
Marc Herter
Eva-Maria Voigt-Küppers
Jochen Ott

und Fraktion